



Rentner im Kampf um 3000 Euro Inflationsprämie: Was nun?

Bundesregierung verweigert Rentnern Inflationsausgleich von 3000 Euro, während Pensionäre profitieren. Was bedeutet das?

Rheinland-Pfalz, Deutschland - Im Kampf gegen die Inflation stehen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Vorteil! Die Bundesregierung ermöglicht eine Inflationsausgleichsprämie von bis zu 3000 Euro – und das steuer- und abgabenfrei! Doch wer profitiert wirklich von diesem großzügigen Angebot, das bis Ende 2024 verfügbar ist?

Die Diskussion über die Inflationsprämie heizt sich weiter auf! Während die Arbeitnehmer in den Genuss dieser Prämie kommen, bleiben Rentnerinnen und Rentner außen vor. Der Sozialverband VdK schlägt Alarm und fordert eine Nachbesserung – schließlich verlieren Senioren durch die hohen Lebenshaltungskosten an Kaufkraft. VdK-Präsidentin Verena Bentele macht deutlich, dass viele Rentner keine finanziellen Spielräume haben, um ihre Grundbedürfnisse zu decken. Angesichts der explodierenden Preise für Lebensmittel und Energie sind die wenigsten Renten ausreichend. „Zahlt den Rentnerinnen und Rentnern genauso viel Inflationsprämie wie für Pensionärinnen und Pensionäre des Bundes geplant ist“, fordert sie eindringlich.

Warum gibt es für Pensionäre mehr?

Doch was ist der Grund für diese Ungerechtigkeit? Die Antwort liegt im Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD), der 2023

verkündet wurde. Er bringt eine Inflationsprämie für Pensionäre, die von der Bundesbesoldung abhängt. Der Bundestag hat diese Regelung am 16. November 2023 verabschiedet. Die Höhe der Prämie für Pensionierte bemisst sich dabei nach dem Ruhegehalt und kann von 1050 Euro bis zu 2152,50 Euro reichen. Doch das gesamte Geld wird nicht auf einmal ausgezahlt – stattdessen erhalten die bezugsberechtigten Personen ihre Prämie schrittweise bis Ende 2024.

Die Kritiker sind sich einig: Rentnerinnen und Rentner sollten nicht im Regen stehen gelassen werden! Bundeskanzler Olaf Scholz selbst äußerte am 1. Mai 2023, dass den rund 21 Millionen Rentnern die Zahlung von 3000 Euro schlichtweg unmöglich sei und sprach dabei von einer „ziemlichen Summe Geld“. Für viele bleibt die Frage: Warum nicht auch für Rentner solidarisch handeln?

Details	
Ort	Rheinland-Pfalz, Deutschland
Quellen	• www.mainpost.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at